

PRESSE Information

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

nachfolgend bieten wir Ihnen eine Meldung an.

Steffi Lemke (Grüne), Parlamentarische Geschäftsführerin der Bundestagsfraktion, gab heute, 29.05.19, dem Südwestrundfunk ein Interview zum Thema: „**Klimaschutz**“. Das „SWR Tagesgespräch“ führte Marion Theis.

Mit freundlichen Grüßen
Zentrale Information

SÜDWESTRUNDFUNK

Anstalt des öffentlichen Rechts
Radio · Fernsehen · Internet

Multimediale Chefredaktion
Zentrale Information
SWR Tagesgespräch

Postadresse 76522 Baden-Baden
Hausadresse Hans-Bredow-Straße
76530 Baden-Baden

Telefon 07221/929-23981
Telefax 07221/929-22050

Internet www.swr2.de

Datum: 29.05.2019

Steffi Lemke, Grüne: Bundesregierung ist beim Klimaschutz am Zug

Baden-Baden: Die parlamentarische Geschäftsführerin der Grünen, Steffi Lemke, hat die Bundesregierung aufgerufen, beim Klimaschutz zu handeln. Es sei bekannt, was getan werden müsse, sagte Lemke im SWR Tagesgespräch. Es gehe aber nicht darum, sich nun mit Blick auf schlechte Wahlergebnisse gegenseitig mit Ideen zu überbieten, deshalb sei es „nicht besonders klug“ von Bundesumweltministerin Schulze gewesen, mit dem Klimaschutzgesetz am Tag nach der Europawahl am Kanzleramt vorbei zu preschen und das Gesetz in die Ressortabstimmung zu bringen. Es gehe um gemeinsames Handeln einer Bundesregierung und nicht um einen Wettlauf, wer die Wahlergebnisse am besten kompensieren könne.

Lemke nannte die Klimakrise eine „Bedrohung für unser Leben in der bisher gelebten Form“. Die Krise werde sich verschärfen, wenn jetzt nicht zügig gehandelt werde. Dazu müssten sich einerseits der private Konsum und der Lebensstil der Menschen ändern. Genauso brauche es aber politisches Handeln. Teile der Bevölkerung seien da viel weiter, als die Bundesregierung. An ihr liege es jetzt, konkrete Gesetzestexte vorzulegen, CO₂ zu reduzieren und erneuerbare Energien auszubauen, so die Grünen-Politikerin.

Wortlaut des Live-Gesprächs:

Theis: „Ich habe manchmal das Gefühl, ich werde meinen 50. Geburtstag nicht erleben.“
Das hat letzten Freitag eine junge Frau bei der „Fridays for Future“-Demo gesagt. Ist das realistisch oder doch Panikmache?

Lemke: Ich denke, wir müssen schon der Tatsache klar ins Auge sehen, dass die Klimakrise eine massive Bedrohung für unser bisher gekanntes Leben, für unseren Wohlstand in der bisher gelebten Form ist und dass diese Krise sich verschärfen wird, wenn jetzt nicht zügig gehandelt wird. Ich weiß nicht, wie alt die junge Frau war, von der Sie gerade sprachen.

Theis: 18

Lemke: Wir sind nicht unmittelbar vom Tode bedroht, aber die Art und Weise, wie wir in den letzten 150 Jahren gelebt haben, diese Lebensweise, die stellt sich auf jeden Fall in Frage.

Theis: Glauben Sie, die Bundesregierung sieht das auch so?

Lemke: Das weiß ich nicht. Es gab nach der Europawahl, die ja ein politisches Desaster für die CDU und die SPD gewesen ist, jetzt Lippenbekenntnisse. Ob dem in hinreichendem Tempo Taten folgen werden, ich weiß es schlichtweg nicht.

Theis: Bundesinnenminister Seehofer will heute im Klimakabinett vorschlagen, mehr Gebäude zu sanieren und so Energie und CO2 zu sparen. Das will er steuerlich fördern. Ist das ein Schritt in die richtige Richtung?

Lemke: Wenn es gut gemacht ist, ist es ein Schritt in die richtige Richtung. Hier hat es vor Jahren schon mal einen Vorschlag gegeben, der schlichtweg nicht funktioniert hätte. Deshalb muss es jetzt richtig gemacht werden. Was ich allerdings für problematisch halte ist, wenn es jetzt einen Wettlauf im Angesicht der Europawahlen gibt, wer jetzt mal den besten und schnellsten Vorschlag auf den Tisch legen kann und in der Endkonsequenz wieder nichts passiert. Das heißt, es geht wirklich um Handeln, statt sich jetzt zu überbieten in neuen Ideen, was gemacht werden kann. Es ist bekannt, was getan werden muss.

Theis: Jetzt lassen Sie uns mal kurz bei dem Seehofer-Vorschlag bleiben. Sie haben gesagt, wenn er richtig gemacht würde, wäre er sinnvoll. Was meinen Sie mit „richtig gemacht“?

Lemke: Das heißt, dass es tatsächlich für die Hausbesitzer, die in die Gebäudesanierung investieren müssten, machbar und handelbar sein muss und dass es für die Eigenheimbesitzer tatsächlich einen Vorteil geben muss, der über die bisherigen Dinge, die die KfW-Förderung ja heute schon ermöglicht, hinausgehen muss.

Theis: Sie sagen, die Bundesregierung müsse jetzt handeln und nicht nur reden. Bundesumweltministerin Schulze treibt ja ihren Entwurf des Klimaschutzgesetzes voran, gegen den Widerstand der Union. Könnte dieses Gesetz, wenn es denn so durchkommt, den Durchbruch bringen?

Lemke: Ich glaube nicht, dass es besonders klug gewesen ist von Frau Schulze, am Tag nach der Europawahl auch mit konkretem Bezug auf die Wahlergebnisse zu sagen, ich muss jetzt mal Tempo machen. Ich presche hier am Kanzleramt vorbei und bringe dieses Gesetz jetzt einfach in die Ressortabstimmung. Ich erwarte einfach von der Bundesregierung, dass sie sich gemeinsam auf Vorschläge einigt, die sie in Gesetzestexte gießt und sie ins Parlament einbringt, statt, wie gesagt, jetzt in einen Überbietungswettbewerb einzutreten, wer möglicherweise schönere Ideen hat, weil die Wahlergebnisse so schlecht gewesen sind. Es geht um gemeinsames Handeln einer Bundesregierung und nicht ein Wettlauf, wer die Wahlergebnisse am besten kompensieren kann.

Theis: Aber trotzdem wäre ja Handeln angesagt, sagen Sie. Kein Fliegen mehr, schon gar nicht innerhalb des Landes. Kein Plastik mehr, kein Fleisch mehr, keine neuen Häuser, nur noch kleine Wohnungen und Autos – wenn überhaupt. Wenn wir alle wirklich konsequent wären, Sie auch, Sie Grüne, müssten Sie vielleicht vieles verbieten. Das haben Sie sich bisher nicht getraut - vielleicht auch aus Angst, Wähler zu erschrecken. Ist oder war das ein Fehler, nicht radikaler aufzutreten von Ihrer Seite?

Lemke: Die Klimakrise lässt sich genauso wenig wie das Artensterben oder die Plastikvermüllung unserer Umwelt alleine durch das Umstellen privaten Konsums erreichen. Es braucht politisches Handeln und eine Änderung unseres Lebensstils, und wenn die Bevölkerung sieht, dass eine Bundesregierung Jahr für Jahr jedes Ziel, das sie sich selber gegeben hat, verfehlt, dann werde ich keine ausreichende Bereitschaft in der Bevölkerung wecken können, auch den privaten Konsum umzustellen. Ich finde, dass gerade die „Fridays for Future“-Leute gezeigt haben, dass die Bevölkerung viel weiter ist, Teile der Bevölkerung viel weiter sind, als die Bundesregierung es ist. Die ist jetzt am Zug mit konkreten Gesetzestexten, mit konkreter CO2-Reduktion, Ausbau erneuerbarer Energien. Ich glaube nicht, dass das Problem ist, dass

die Grünen zu wenig Verbote oder zu wenig Radikalität fordern. Wir sind in unseren Zielstellungen, finde ich, sehr radikal, und es ist klar, dass auch jemand wie ich jetzt nachdenkt, wo muss auch ich meinen persönlichen Lebensstil gegebenenfalls verändern? Wo habe ich Potential, etwas zu tun? Aber die Hauptaufgabe bleibt der Bundestag, bleibt das Parlament und das Handeln der Bundesregierung.

- Ende Wortlaut -